

Verlagsgesellschaft Dresden.

Wochenpreis: die Spalte 22 mm breite Seite 4 Vg.; für Samstagsausgaben 3 Vg.

Der Platzbesitzer kann mit keine Gewähr leisten.

In Falle von höherer Gewalt, Verbot, einseitiger Betriebsänderungen hat der Verleger über Werbungsleistungen keine Verpflichtung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, veröffentlicht oder nicht erscheint. Erfüllungsort: Dresden

Ersteinstellung: Dresden-N., Postfach 17, Bureau 20711 u. 21012
Gesellschafter, Druck und Verlag: Germania-Verlagsgesellschaft
Postfach 17, u. G. Winkel, Postfach 17, Bureau 21012,
Postfach: Nr. 1225, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 30. März 1937

Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes gegen Polen

Illegale ukrainische Organisation

Verhaftung der führenden Mitglieder

Warschau, 30. März.
Ueber die Aufführung einer illegalen ukrainischen Organisation in Warschau, deren Ziel die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes gegen den polnischen Staat mit Hilfe einer fremden Macht gewesen sei, berichtet der „Krajaner Illustrierte Kurier“. Danach sei im Kreise der ukrainischen Emigration eine „ukrainische Befreiungsbewegung“ ausgetüchtelt und 43 führende Mitglieder verhaftet worden. An der Spitze der illegalen Organisation habe als Mann ein gewisser Woloszyn gestanden, ein ehemaliger Oberst der Skoropadschki-Truppen. Dem ukrainischen Geheimverband, der eng mit der illegalen ukrainischen Terrororganisation OUN zusammengearbeitet habe, hätten 200 Mitglieder angehört.

Ungung oder Billigung der hochverräterischen Umtriebe in den Provinzen Rußlands und Nutzung kriegsgerichtlicher Entwürfe zum Tode oder zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.
Die Verschwörung wurde von Mitgliedern der früheren chinesischen Nordarmee angezettelt, deren Reste sich in der „Gesellschaft zur Rettung des Vaterlandes“ zusammengeschlossen hatten. Die „Gesellschaft“ stand in Verbindung mit den bolschewistischen Organisationen in Peking und Hankow. Die Unternehmung hatte sieben Monate gedauert. Aus den Verhören verhafteter Kommunisten in Rußland hatte sich das Vorhandensein der Verschwörung und die Schuld der Verurteilten ergeben.

Pius XI. erteilt den Osterfegen

Das Pontifikatamt hielt Kardinal Signatelli.

Rom, 30. März.
Das Hauptereignis der vom Wetter wenig begünstigten römischen Osterwoche war das Wiedererscheinen des Papstes nach fast viermonatiger Krankheit. 50.000 Personen hatten am Morgen des ersten Osterfesttages mittels besonderer Karten in die Peterskirche Einlass gefunden. Als der Papst um 10 Uhr 30 Min. auf der Sedio Vestibula mit dem üblichen Gepräuge, begleitet von 27 Kardinälen, in die Peterskirche hineingetragen wurde, begrüßten ihn die Anwesenden mit lebhaftem Händeklatschen. Die Spuren der langen Krankheit waren deutlich zu erkennen. Auf die persönliche Abhaltung des Pontifikalamtes mußte der Papst noch verzichten. An seiner Stelle leitete der 83jährige Kardinal Signatelli die Messe. Gegen 12 Uhr 30 Min. öffnete sich die Tür des Mittelbalkons der Peterskirchenfassade, auf dem Seitenbalkonen stellten sich die Kardinäle auf. Die Lautsprecher vom Obelisk vermittelten auch den weitab Stehenden die Segensworte, die Pius XI. „urbi et orbi“ erteilte.

Neuer Schlag gegen die bolschewistische Wählerarbeit in Mandschurien

200 Todes- und Zuchthausurteile.

Tokio, 30. März.
Am Sonntag fand ein Verfahren, das zur Untersuchung gegen eine umfangreiche bolschewistische Umsturzorganisation eingeleitet worden war, seinen Abschluß. Mehr als 200 zum Teil hohe Beamte, Lehrer und Kaufleute wurden wegen Beteiligung

Politische Zusammenstöße in Irland

London, 30. März.

Das Verbot eines Aufmarsches der republikanischen Partei durch den Justizminister hatte in mehreren Städten der westlichen Grafschaft Mayo wilde Tumulten zur Folge. Vor allem in Newport kam es zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen der Polizei und demonstrierenden Parteigängern. Ueber 20 Anhänger der republikanischen Partei sowie mehrere Polizeibeamte wurden verletzt. Heftige Ausschreitungen spielten sich auch in Alcester und bei Castlebar ab. Die Polizei hat insgesamt 40 Verhaftungen vorgenommen.

Starter Besuch der Auferstehungsfeiern in den Wiener Kirchen

Wien, 30. März.

Am Karfreitag fanden zwischen 17 und 18 Uhr in sämtlichen Wiener katholischen Kirchen die Auferstehungsfeierlichkeiten statt, die trotz der Ungunst der Witterung von Hunderttausenden von Gläubigen besucht waren. In der Stadt konnte der mächtige Stephansdom die Zahl der Zehntausende von Anböchigen kaum fassen, die sich im Hauptstuhl und den Seitenstühlen einfinden hatten. Kardinal-Erzbischof Dr. Innitzer hielt, geleitet von dem Domkapitel mit den Bischöfen Dr. Kamprath und Sengel unter Vorantritt der Klammern den Einzug zum Heiligen Grab.

Besprechung Delbos-Becf in Cannes

Paris, 30. März.

Außenminister Delbos wird am Dienstagabend von seinem Osterurlaub, den er in Cannes verbracht, wieder nach Paris zurückkehren.
Wie der „Matin“ berichtet, hatte Delbos in den Osterferien in Cannes eine Besprechung mit dem polnischen Außenminister, der seinerseits in Begleitung des polnischen Botschafters in Berlin eine Besprechung mit dem Danziger Völkerbundkommissar Durchardt hatte.

gendrecht, das davon ausginge, daß neben Familie, Stand, Gemeinde oder Betrieb auch die Jugend eine natürlche Gemeinschaft bilde, die nach dem ihr eingeborenen Recht zu leben gewillt sei.

Sodja zu außenpolitischen Fragen

Prag, 30. März.

In einem einem Pressevertreter gewährten Interview erklärte Ministerpräsident Sodja, daß das Zusammenwirken der Staaten im Donauraum im letzten Jahr Fortschritte gemacht habe. Wir wollen, so erklärte Sodja, indem er auf die bereits erfolgte Ausweitung des Verkehrs mit Deutschland hinwies, eine Kooperation mit Deutschland, die schon in der geographischen Lage und in der Länge unserer Grenzen begründet ist. Mitteleuropa soll nicht zum Objekt der Großen werden, sondern ein fester Grund für positive Einstellung zu seinem großen Nachbarn. Deshalb müssen wir hier in Mitteleuropa unsere Angelegenheiten selbst in Ordnung bringen, sonst werden andere das besorgen, was wir verkümmern.

Polnisches Dementi zum Hoteleinbruch in Cannes

Paris, 30. März. Die polnische Botschaft in Paris dementiert die Nachricht, daß der Hoteleinbruch in Cannes, über den wir auf S. 5 berichtet, einer der den Außenminister begleitenden Persönlichkeiten gesollt hat.
Der „Matin“ ist der Ansicht, daß der Einbruch von einem „gewöhnlichen Hoteldieb“ verübt worden ist, der die offene Zimmertür eines polnischen Polizeibeamten dazu benutzte, um dessen Gepäck einer Durchsicht zu unterziehen.

Zu der Frage der tschechisch-deutschen Verständigung erklärte Sodja, daß er keinerlei Mißdeutungen werden wollen lassen, wenn sich Widerstände besonders hinsichtlich der Durchführung der deutschen Beamtennennungen zeigen sollten.
Die Aussichten für die Erhaltung des Friedens beurteilte er dahin, daß im Dezember 1936 die Chancen 5:5 standen, daß sie heute jedoch 9:1 für den Frieden stehen.

Daß italienisch-jugoslawische Abkommen kann uns, so meinte Sodja weiter, nur annehmbar sein. Wir waren durch manche Gegenstände, die sich zwischen Jugoslawien und Italien im einzelnen ereignet hatten, eher belästigt und freuen uns, wenn durch diese Entspannung die Zusammenarbeit im Donauraum erleichtert wird.

Der Luftverkehr zu Ostern

Berlin, 30. März.

In der Osterwoche 1937 konnte der Luftverkehr im Verhältnis zum vergangenen Jahr eine ganz bedeutende Zunahme verzeichnen; obwohl er unter besonders schlechter Witterung zu leiden hatte und Ostern verhältnismäßig früh fiel, waren viele Strecken ausverkauft und mehrfach mußten Verbindungsflüge eingelegt werden. Die Steigerung gegenüber dem Osterluftverkehr des vorangegangenen Jahres betrug in Berlin rund 45 v. H. Besonders lebhaft war der Verkehr in Gebirgsgegenden, da die Feiertage von vielen zur Ausübung des Winterportes ausgenutzt wurden.

Der Osterverkehr in Berlin

357 000 Reisende ab Berlin

Berlin, 30. März.

Das kühle, wenig freundliche Feiertagswetter hat die Reisefreudigkeit der Berliner nicht hemmen können. Nach den vorläufigen Berechnungen der Reichsbahndirektion Berlin sind in den fünf Tagen vom 25. März bis zum 2. Feiertag 357 000 Fernreisende ab Berlin gezählt worden oder 4000 mehr als zu Ostern 1936. Die Zahl der Vor- und Nachzüge ist von 261 im Vorjahr auf 283 gestiegen, die der Sonderzüge von 5 auf 22.

Waldbheim, 30. März. Nach schwerem Leiden starb der Direktor der Papierfabrik Kriebstein, Carl Bauer. Der Verstorbene, der in den Kreisen der Papierindustrie Deutschlands eine bekannte Persönlichkeit war, stand über 30 Jahre in den Diensten der Firma.

Dr. Dietrich zum Botschafter in Washington ernannt

Berlin, 30. März.

Der Führer und Reichkanzler ernannte den bisherigen stellw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Dr. Dietrich, zum Botschafter in Washington.

„Jugend und Recht“ über die neue Jugend-erziehung

Berlin, 30. März.

Zu dem grundlegenden Gesetz über die Jugend „Jugend und Recht“, das Organ der jungen Rechtswahrer, eine staatsphilosophische Betrachtung von Dietrich, in der darauf hingewiesen wird, daß als einzige festumrissene Volksschicht die Jugend nunmehr in sich die vollständige Einheit von Partei und Staat verkörpert. Zugleich stelle das Gesetz ein Grundgesetz der neuen Reichsverfassung dar, indem es bereits für die Jugend den Grundfah verwirklicht, den der Führer als Ziel aufstellt: Jeder anständige Deutsche ist Nationalsozialist, und die besten davon sind Parteigenossen. In der Jugend gebe es fortan keinen Unterschied mehr zwischen Nationalsozialisten und Nichtnationalsozialisten. Auch in der Jugendbildung schaffe das Gesetz Klarheit. Drei Erziehungsrichtungen länden die Anerkennung des Gesetzgebers: Elternhaus, Schule und SA. Diese Aufzählung sei erschöpfend. Sie bringe die Erfüllung des Totalitätsanspruchs der SA. Denn zumal für die weltanschauliche und politische Schulung sei allein die SA zuständig, konfessionelle und sonstige Verbände seien davon ausgeschlossen. Das bedeute, daß ein jeder Staat von einem Geschlecht getragen werde, das sich wie kein Führer weder einer Konfession noch einer Klasse, sondern ausschließlich Deutschland verpflichtet wisse und das von dem Glauben befeuert werde, den Baldur von Schirach so formuliert: „Wer Adolf Hitler, dem Führer, dient, dient Deutschland. Wer Deutschland dient, dient Gott!“ Schließlich besage das Gesetz die Jugend als eigene Rechtsordnung und eröffne damit auch nach außen hin die Bahn zu einem neuen Jugendrecht. Dabei wäre allerdings zuviel des Guten, wenn man ein „Gesetzbuch der Jugend“ schaffen wolle. Nötig sei ein in sich gefügtes Ju-

Die Verfassungskrise in Indien

Bisher nur zwei Provinzregierungen gebildet

London, 30. März.

In Indien sind bisher lediglich in Bengalen und Sind Provinzregierungen zustande gekommen. In Bengalen wird die Regierung von einer Koalition, bestehend aus der Bauernpartei, den Moslems und einigen unabhängigen Gruppen, unterstützt. In Madras hat im Auftrage des Gouverneurs der frühere stellvertretende Gouverneur Fredon den Auftrag zur Regierungsbildung angenommen. In der Provinz Orissa hat sich der Gouverneur an den Maharadscha von Patla Kamebi mit der Bitte gewandt, ihn bei der Regierungsbildung zu unterstützen. In den Vereinigten Provinzen schließlich haben die Moslems im Laufe des Ostermontags sich bereit erklärt, den Versuch zu unternehmen, eine Provinzregierung zu bilden. Auch in den Zentralprovinzen hat man sich nach der Belagerung der Kongresspartei an einen früheren stellvertretenden Gouverneur gewandt. Dieser hat sich jedoch noch nicht entschieden. In der Provinz Bihar sind ebenfalls Verhandlungen mit den Moslems über eine Regierungsbildung im Gange. In Bombay verfuhr der Finanzminister der früheren Regierung die Regierungsbildung

Sollte es nicht gelingen, innerhalb der nächsten Tage Regierungen zustande zu bringen, so würde, wie man in London allgemein annimmt, den Gouverneuren die Vollmacht gegeben werden, alle notwendigen gesetz- und verwaltungsmäßigen Arbeiten durchzuführen, wobei der Gouverneur dann lediglich von der Zustimmung des Generalgouverneurs abhängig wäre. Derartige Vollmachten würden normalerweise sechs Monate lauten, könnten aber durch das britische Parlament auf ein Jahr, notfalls sogar auf drei Jahre verlängert werden.

Gandhi erklärte einem Vertreter des „Daily Herald“ zur neuen indischen Verfassungskrise, die britische Regierung habe der Autonomie ein Ende bereitet. In Indien werde nun nicht mehr eine Regierung der Mehrheit der Bevölkerung amtiert, sondern eine Regierung des Schwertes. Gandhi bemängelte es daß die britische Regierung die Forderung der Kongresspartei, die Gouverneure sollten von ihren Sonderrechten keinen Gebrauch machen, nicht angenommen habe. So scheine es ihm doch, als habe die britische Regierung wieder einmal offen eine Forderung gebrochen, die sie feierlich gegeben habe. Ähnlich äußerte sich Gandhi gegenüber einem Vertreter des „Daily Express“.